

„Behörden verpflichtet, Befürchtungen nachzugehen“

Betr.: „Windkraftanlagen in den Vier- und Marschlanden“, div. Artikel aus der letzten Zeit

Bei dem Protest gegen die neuen geplanten Windkraftanlagen in den Vier- und Marschlanden ist von den Bürgerinitiativen bislang sehr zurückhaltend mit möglichen gesundheitlichen Gefährdungen durch den von den Windrädern erzeugten Infra- bzw. tieffrequenten Schall argumentiert worden.

Es bestehen Befürchtungen und – allerdings nicht statistisch gestützte – Erkenntnisse, dass bei Infraschall, besonders wenn er langanhaltend ist, gesundheitliche Beeinträchtigungen auftreten können. Dazu gehören unter anderem neben einer zunehmenden Müdigkeit, die Abnahme der Atemfrequenz, Herzrhythmusstörungen und eine Störung der Hormonproduktion mit möglicherweise weitreichenden Folgen. Diese Folgen

werden beobachtet bei relativ niedrigem Schalldruckpegel. Bislang wurde die Einwirkung der Windkraftanlagen auf die Umwelt mit den Werten der TA Lärm gemessen. Hierbei wird nur der hörbare Schall berücksichtigt, nicht der nicht-hörbare, vom Körper und seinen Organen aber wahrnehmbare Infraschall.

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich in seiner Rechtsprechung von dieser Fixierung auf die TA Lärm gelöst,

nach der auch bei den neuen geplanten Anlagen in den Vier- und Marschlanden die Schallemissionen gemessen und bewertet werden.

Die zuständigen Behörden sind demnach verpflichtet, Befürchtungen, dass von den geplanten Windkraftanlagen gesundheitliche Beeinträchtigungen ausgehen könnten, nachzugehen.

Dr. Dieter Jonsson
21037 Hamburg

„Eine Stromproduktion, die niemand braucht“

Betr.: „Eine Autobahn für den Windstrom“, Hamburg/Schleswig-Holstein-Seite vom 19. 12. 2012

Von Windkraftlobbyisten wird oft gesagt: „Von irgendwoher muss der Strom doch kommen. Jetzt, wo die Atomkraftwerke abgeschaltet sind...“

Nun sollte man eigentlich beruhigt sein. Mit der kürzlich von der Kanzlerin eröffneten Stromtrasse Schwerin-Krömmel, die besonders den von Windkraftanlagen in der Ostsee produzierten Strom transportieren soll, erreicht nach Aussagen der Betreiber die Stromversorgung für Hamburg wieder das Niveau wie vor dem Abschalten der Atomkraftwerke. Die Versorgungssicherheit des Großraums Hamburg sei damit gewährleistet.

Zusätzlich verkündet Vattenfall in einer mehrseitigen Beilage zum „Hamburger Abendblatt“ den Baubeginn eines Windparks 70 Kilometer westlich Sylts. Außerdem werden die Pläne für das sogenannte Innovationskraftwerk Wedel präsentiert, das 2016/17 ans Netz gehen soll. Mit dem 2013 Strom liefernden Kraftwerk Moorburg vom selben Konzern hat Hamburg dann erhebliche Überkapazitäten zur Verfügung.

Und das wissen auch die Konzerne, die dieses Problem sehen: So warnt Vattenfall (Nachrichtendienst Reuters

vom 19. 12. 2012) vor einer „Verschwendung von Milliardensummen durch Überkapazitäten im Zuge der Energiewende. Diesen Widerspruch zwischen den Taten und den Worten des Konzerns müssen die Manager austragen.“

Doch was bedeutet das für die Vier- und Marschlande? Für wen produzieren dann die neu geplanten riesigen Windkraftanlagen eigentlich ihren Strom?

Auf jeden Fall ist dieser Strom, der ohnehin nur auf zwei Prozent des in Hamburg verbrauchten Stroms steigen soll, für unsere Stadt unnötig.

Unsere alte Kulturlandschaft, das Naherholungsgebiet für viele Stadtbewohner, soll also zerstört werden für eine Stromgewinnung, die Hamburg nicht braucht. Und das in einem Gebiet, das nach der Windverteilung, die in ganz Deutschland nach vier Eignungsstufen unterteilt ist, nur auf Platz 3 liegt, also als minder ertragreich gut. Die Investoren der geplanten Windkraftanlagen können sich nicht länger als grün-ökologische Retter vor Atomstrom empfehlen.

Durch die offensichtlichen Fakten wird klar, dass sie allein von Profitinteressen getrieben sind und nicht von verantwortungsbewussten Überlegungen zum Gemeinwohl.

Anneliese Jonsson,
21037 Hamburg

„Warum grasen Kühe und Pferde nicht in der Nähe?“

Betr.: „Anzeigen der NET OHG“, sonnabends in der Bergedorfer Zeitung

Jeden Sonnabend veröffentlicht die „bz“ eine Anzeige der NET OHG mit dem Titel „Zur Windenergie gibt es viele Fragen ...“ Die selbstgestellten Fragen werden vor dem Hintergrund einer Idylle so beantwortet, dass der Leser glauben soll, alles sei halb so schlimm. Anwohner mit Blick auf die schon vorhandenen kleinen Windräder fühlen sich durch diese Texte für dumm verkauft.

Wir möchten eine Antwort auf folgende Fragen

Deswegen möchte ich folgende Fragen von der NET OHG beantwortet haben:

1. Warum grasen Pferde und Kühe nirgendwo nahe bei MW-Anlagen?
2. Warum sterben Fledermäuse, wenn sie in die Nähe der Windräder kommen?
3. Wie übertragen sich die tief-

frequenten Schallwellen durch den Kleiboden? Bringen sie Hauswände zum Vibrieren?

4. Werden die MW-Anlagen nachts abgeschaltet, wenn die Lärmbelastigung unerträglich wird?

5. Wie kann ich mich am Marschbahndamm vor Eisabwurf schützen?

6. Was passiert, wenn ein Windrad brennt?

7. Wer zahlt den 30%igen Wertverlust meiner Immobilie?

Warum ist die Fläche des Rotors noch größer?

8. Warum sollen in den Vier- und Marschlanden die MM 100 -Megawatt-Anlagen für windschwache Gebiete mit noch größerer Rotorfläche als in Pattensen oder Georgswerder aufgestellt werden, Anlagen, die es bisher in Europa noch nicht gibt?

Heiner Gronau
21039 Hamburg

„Ein extrem widersprüchliches Verhalten“

Betr.: Ihr Titelbericht „4000 Unterschriften gegen Windriesen“, Menschen oder Technik

Mit Interesse verfolge ich Ihre Berichterstattung über den Ausbau der Wohnunterkünfte für Asylbewerber und über die von der Stadt Hamburg geplante Erweiterung der Eignungsflächen zum Repowering der Windkraftanlagen. Dabei stelle ich extrem widersprüchliches Verhalten der Behörden und von Politikern im Bezirk Bergedorf fest.

Vor etwa 20 Jahren waren entlang der Rothenhauschaussee, westlich und östlich vom Haus Nr. 100, Wohncontainer für Asylbewerber, Übersiedler und Spätaussiedler errichtet worden. Diese Containerdörfer wurden 15 Jahre genutzt und vor etwa 3 bis 5 Jahren

wieder abgebaut. Jetzt gibt es wieder Bedarf für Asylbewerber. Nun hält die Mehrheit der Bezirkspolitiker es nach Protesten von Anwohnern der Rothenhauschaussee für „nicht zumutbar“, dass erneut Wohnunterkünfte am selben Standort errichtet werden.

Nur etwa 1500 Meter entfernt wurden vor mehr als 15 Jahren sieben Windkraftanlagen mit ca. 75 m Höhe südlich des Horster Damms errichtet. Die zuständige Behörde plant für Altengamme nun etwa eine Verdoppelung der Eignungsflächen und sieht dabei zusätzlich die doppelte Gesamthöhe von künftig 150 Meter für bis zu zehn Windriesen vor. Diese gigantischen Windräder sollen eine Betriebszeit von 20 Jahren erhalten. Für mich ist es sehr verständlich



Windkraftriesen in den Vier- und Marschlanden? Der Protest wächst.

Foto: dpa

und nachvollziehbar, dass die Menschen am Horster Damm und in den gesamten Vier- und Marschlanden sowie inzwischen auch viele Berge-

dorfer gegen diese Windriesen protestieren. – Was tut die Mehrheit der Bezirkspolitiker? Sie verkriecht sich hinter der Behörde und hält statt eines vollständigen Abbaus der Windräder nach 15 Jahren eine Vervielfachung der Belastung für zumutbar.

Diese Volksvertreter beugen sich Protesten gegen Wohnunterkünfte für Menschen in Not, während für gigantische Technik eine rigorose Planung und „Basta-Politik“ des Senats hingenommen wird. Für meine Nachbarn am Horster Damm und mich sind die Vier- und Marschlande „unsere Heimat“, für die NET oHG und ihre Investoren ist es „nur Geschäft“.

**Hannelore Kienke,
21029 Hamburg**

„Warum wird Kompromiss abgelehnt?“

Betr.: Artikel vom 16. 2. 2013: Schon 4000 Unterschriften gegen die Windriesen, Hier: NET oHG will keine Kompromisse zur Höhe der Windgiganten

Ihre Titelgeschichte gibt erfreulich die Sicht der Bürgerinitiativen (BI) und eine Stellungnahme der NET oHG wieder.

In verschiedenen Gesprächen wurden auch Kompromisse diskutiert. Dabei wurde als ein Weg sich anzunähern am Beispiel der Eignungsflächen in Altengamme seitens der BI genannt, dass die Ge-

samthöhe der Windenergieanlagen (WEA) von jeder Seite um etwa ein Drittel geändert wird. Die BI würde gegenüber den derzeitigen WEA mit 76 m Höhe plus 24 m (entspricht +31,6%) = 100m Gesamthöhe akzeptieren. Im gleichen Zuge verzichtet die NEToHG auf ein Drittel, 150m minus 50m (entspricht +33,3%) und geht ebenfalls auf 100m Gesamthöhe. Ein solcher Kompromiss wird von der NET oHG bisher für die Vier- und Marschlande strikt abgelehnt.

Im Gegensatz zu den Eig-

nungsflächen im Stadtteil Francop im Bezirk Hamburg-Harburg ist dort eine Reduzierung von 150 m auf nun 100 m Gesamthöhe voraussichtlich möglich. Angeblich weil diese Eignungsflächen für die Hauptwindrichtung „vor der Stadt“ und nicht im Windschatten der Harburger liegen.

Sollten die Vier- und Marschlande hinsichtlich der Windstärke also eine „schwache“ und damit minderwertige Lage sein?

**Willy Timmann, BIWAg
21029 Hamburg**

BZ 22.3.13

„Auch wir möchten unsere Lebensqualität erhalten“

Betr.: „Es ist geradezu lächerlich, solche Argumente aufzutischen“, Leserbrief von Julius Bardowicks vom 27. 2. 2013

Es ist sehr schön, dass bei Ihnen Kühe und Pferde unter den Windkraftanlagen grasen. Auch Ihr „langjähriges Leben unter Wind“ ohne Beeinträchtigungen freut uns sehr. Ihr Einsatz für die Windenergie in allen Ehren.

Wir sind nur sehr verwundert heute erfahren zu müssen, dass vor Ihrer Tür ein Repowering mit Windenergieanlagen von 100 Meter Nabenhöhe durchgeführt werden soll. Nichts anderes ist das Bestreben der Bürgerinitiativen in den Vier- und Marschlanden für alle anderen bestehenden Windkraftanlagen. Hier sollen jedoch Anlagen von 150 Meter Nabenhöhe in geringerem Abstand zur Wohnbebauung als vorher und in Altengamme auch noch in größerer Anzahl errichtet werden.

Auch wenn Sie sich für Windkraft einsetzen und davon profitieren, in dem Sie Flächen zur Verfügung stellen, sollten Sie betroffenen Anwohnern die gleichen Rechte zugestehen, die Ihnen zugestanden werden.

Auch wir möchten unsere Lebensqualität, die Kulturlandschaft Vier- und Marschlande und unsere Gesundheit erhalten.

**Jan und Martina Eggers
21039 Hamburg**



BZ

WINDKRAFT

„Dieses Verhalten vergewaltigt die Demokratie!“

Betr.: „Die ersten Windriesen sollen noch in diesem Jahr stehen und Windkraftgegner sind empört“, Titelseite und Vier- und Marschlande-Seite vom 26. 3. 2013

Herr Heidorn von der NET OHG wird mit den Worten: „Nun müssen wir mal Geld verdienen“ zitiert und genau darum geht es bei der aktuellen Vorgehensweise zur Errichtung von 150 Meter hohen Windradmonstern in Neuenamme.

Es geht um größtmögliche Renditen! Wenn es ihm nur um die Förderung regenerativer Energien ginge, würde er einem Repowering auch mit

Anlagen einer Höhe von bis zu 100 Metern zustimmen.

Nichts anderes fordert das Bürgerbegehren: Die Höhenbegrenzung auf bis zu 100 Meter für repowerte, leistungsstärkere Windräder auf den bestehenden Flächen in den Vier- und Marschlanden.

Jetzt will er den über 4000 Unterschriften, die zum Bürgerbegehren führen werden, zuvorkommen.

Dieses Verhalten ist nicht „an der Grenze demokratischen Verhaltens“, sondern vergewaltigt unsere Demokratie.

**Viola Gietzelt-Fleischauer
21037 Hamburg**

150 METER HOHE WINDKRAFTANLAGEN

„Kein Rechtsanspruch“

Betr.: „Die ersten Windriesen sollen noch in diesem Jahr stehen und Windkraftgegner sind empört“, Titelseite und Vier- und Marschlande-Seite vom 26. 3. 2013

Herr Heidorn der NetOHG wird damit zitiert, dass sich das Bürgerbegehren nur gegen eine „Änderung des Flächennutzungsplanes“ wende. Das ist so nicht richtig. Es wurden über 4000 Unterschriften zum Bürgerbegehren gesammelt mit der Fragestellung: „Sind Sie für eine Beschränkung auf die jetzigen Höhen von Wind-

kraftanlagen bis zu 100 Metern mit dem bisherigen Abstand zu den Wohnanlagen...?“. Diese Fragestellung bezieht sich eindeutig auf die bestehenden Flächennutzungspläne, aus denen die NetOHG Rechtsansprüche ableiten will, und orientiert sich am Kompromissvorschlag, den die Bürgerinitiativen abgegeben haben.

Die NetOHG bzw. Jens Heidorn hat keinen Rechtsanspruch auf 150 m hohe Windkraftanlagen!

**Martin Fleischauer
21037 Hamburg**

BZ 17.4.13

„Das ist eine historische Kulturlandschaft“

Die Vier- und Marschlande - Eine Landschaft mit Ritterschlag

In jüngster Zeit ist der Begriff Kulturlandschaft für die Vier- und Marschlande vielfältig bemüht worden, um diese oder jene Maßnahme in der Landschaft zu begründen oder auch heftig abzulehnen. Hierzu ist festzustellen: Die Vier- und Marschlande sind vom Amt für Landschaftspflege aufgrund bestimmter Merkmale als historische Kulturlandschaft definiert worden, und zwar als eine der ältesten historischen Kulturlandschaften Deutschlands.

Das ist sozusagen der Ritterschlag für eine Kulturlandschaft. Erhalt und Pflege solcher historischen Kulturlandschaften sind in §1 des Bundesnaturschutzgesetzes verankert und somit als gesellschaftliche Aufgabe anerkannt. Es heißt dort: „...historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern sind vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren“.

In einem Fachbeitrag werden für die Vier- und Marschlande u. a. folgende charakteristischen Landschaftselemente genannt: Weiträumig-

keit, offene Landschaft, weite Blickbeziehungen, engmaschiges Grabensystem, schmale, oft buckelige Flurstücke, hoher Baumbestand nur in Siedlungsnähe und entlang der Elben, regelmäßig geschnittene Erlen und Weiden zum Teil Graben begleitend.

Das Zusammenspiel dieser Landschaftselemente hat einmal das unverwechselbar Einmalige der Vier- und Marschlande ausgemacht. Durch vielfältige Eingriffe und schlechende Entwicklungen ist das durch Weiträumigkeit geprägte Landschaftsbild an vielen Stellen bereits verloren gegangen. Vielerorts ist die Landschaft einem ehemals geräumigen Wohnzimmer vergleichbar, das mit Trennwänden und Möbeln vom Sperrmüll (z. B. waldähnliche Anpflanzungen mit Hochgebirgsfichten) zugestellt wurde. Damit die Vier- und Marschlande sich nicht gänzlich in eine gesichtslose Allweltslandschaft verwandeln, muss dieser Trend gestoppt werden. Unsere Ortspolitiker sollten sich dieses Themas sachkundig annehmen und Ansätze in diese Richtung fördern und nicht blockieren.

Horst Schramm
21035 Hamburg

BZ 25.4.13

„Diese Berechnungen sind nicht nachzuvollziehen“

Betr.: „Leserbrief Jens Heidorn NET OHG“ vom 18. 4. 2013

Lieber Herr Heidorn, in Ihrem Leserbrief fordern Sie eine Überprüfung des Demokratieverständnisses. Sie behaupten, dass doppelt so viele Anlagen mit 100 m Gesamthöhe errichtet werden müssten, um die gleiche Menge Strom zu erzeugen.

Diese Aussage ist laut Ihren eigenen Antragsunterlagen zur Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) in Neuenamme nicht nachzuvollziehen. Dort ist die Jahresenergie-Produktion für die von NET OHG geplanten 150 m hohen Anlagen mit 6,4 Megawatt (sogenannter Referenz-

wert für den Standort) angegeben. Eine Anlage mit 100 m Gesamthöhe soll dort laut Repower Systems eine Jahresenergie-Produktion von 4,6 Megawatt leisten. Laut Adam Riese wären dies (6,4:4,6=1,39) rund 39 Prozent mehr Anlagen und nicht die doppelte Anzahl von Anlagen. Für den Standort Neuenamme bedeutet dies jedoch einen Rückbau von zwölf Altanlagen auf neun Neuanlagen. Dies sind nach Adam Riese (12:9=1,33) 33 Prozent weniger Anlagen.

Der Vorteil wäre, dass vermutlich eine große Mehrheit der Bürger mit einem solchen Repowering einverstanden wären, was für die Demokra-

tie natürlich ein großer Gewinn wäre. In diesem Zusammenhang, lieber Herr Heidorn, sei die Frage erlaubt: „Können Sie nicht rechnen?“ Dann wäre es schlecht um die Wirtschaftlichkeitsberechnungen bestellt, die Sie im Übrigen trotz Bitte der Bürgerinitiative für Windenergie mit Augenmaß verweigert haben. Eine Täuschung der Leser im Hinblick auf den Bürgerentscheid über die Begrenzung der WEA auf 100 m möchte ich Ihnen natürlich nicht unterstellen. Ich bin gespannt auf Ihre Antwort.

Harri Arndt
Mitglied der Bürgerinitiative für
Windenergie mit Augenmaß

„Es ist nicht schändlich, mit erneuerbarer Energie Geld zu verdienen“

BZ 27.4.13

Betr.: Leserbrief von Jens Heidorn wegen NET OHG vom 18. 4. 2013

Die Belehrungen des Herrn Heidorn zu dem Bürgerentscheid und dem Flächennutzungsplan von 1998 hätte er sich und uns ersparen können, denn die Bürger der Vier- und Marschlande haben inzwischen erkannt, wie die Herren Heidorn und Soltau von der NET OHG im Zusammenwirken mit den zuständigen Behörden in diesem Fall die Bürger und ihre Bürgerinitiativen „ausgetrickst“ haben.

Es ist erfreulich, dass Herr Heidorn inzwischen zur Kenntnis genommen hat, dass die Bürger mit einer Verdoppelung der Leistung durchaus einverstanden wären und damit das von der Hansestadt Hamburg gesetzte Ziel erfüllt wäre. Das Ziel des EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) bis 2050 geht hierüber allerdings deutlich hinaus. Wenn dieses das Ziel

des derzeitigen Gesetzgebungsverfahrens sein soll, dann kann dieses nicht von der NET OHG definiert werden. Es spricht vieles dafür, dass es eine heimliche Allianz zwischen NET OHG und den zuständigen Behörden gibt. Die Behörden sollten dann auch dieses Ziel deutlich definieren und damit die Täuschungsmanöver gegenüber der Bevölkerung beenden. Es geht nicht darum, die gleiche Menge mit kleinen Anlagen zu erzeugen, wie sie mit den großen möglich ist. Sondern: Mit den kleineren Anlagen kann das Ziel der Verdoppelung auch erreicht werden.

Die Behauptung, dass die kleineren Anlagen in den Vier- und Marschlanden nicht wirtschaftlich betrieben werden könnten, ist 1. noch nicht nachgewiesen und 2. auch nicht glaubhaft. Wie sonst könnten sich die derzeitigen Anlagen Tag für Tag drehen. Die Formulierung „ nicht wirtschaftlich“

ist meines Erachtens aber entlarvend, denn offenbar ist man mit einer heute kaum noch erzielbaren Verzinsung des eingesetzten Kapitals von vier oder fünf Prozent nicht einverstanden, weil die Öko-Kapitalisten heute Verzinsungen von zehn bis 15 Prozent erwarten können.

Es ist nicht schändlich, mit Erneuerbarer Energie Geld zu verdienen, aber muss denn auch hier die Gier das Hirn fressen? Die Gier hat unserem Wirtschaftssystem bisher nur geschadet. Als dieses Wirtschaftssystem geschaffen wurde (Ludwig Erhard), war die über allem stehende Parole: Maßhalten!

Kurt Hansen
FDP Bezirksvorsitzender
21037 Hamburg

Mit Namen gekennzeichnete Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen, die sich das Recht auf Kürzungen vorbehält.

„Umgang ist erschreckend“

Betr.: „Debatte über Windkraft“, VML-Seite vom 27. 4. 2013

Es ist erschreckend, wie wenig sich die Mitglieder der Bezirksversammlung von SPD, Grünen, Linken und Piraten mit dem Bürgerbegehren auseinandergesetzt haben. Sie wollen offensichtlich nicht verstehen, worum es den Bürgerinitiativen geht – um erneuerbare Energien wie der Windkraft, aber mit Augenmaß für die Bevölkerung der Vier- und Marschlande sowie dem Erhalt der einzigartigen, historischen Kulturlandschaft. Die Bürgerinitiativen fordern eine Höhenbegrenzung der Windenergieanlagen und KEIN Zurück zur Atomkraft! Es ist erschreckend, wie die genannten Mitglieder der Bezirksversammlung mit Steuergeldern umgehen! Wohl wissend, dass dieser Bürgerentscheid keine Bindung hat, tragen sie dazu bei, dass es zum Bürgerentscheid kommt.

Kerstin Porwik
21037 Hamburg

„Landschaftsschutz ist so wichtig wie Lärmschutz“

Betr.: „Der Landschaftsschutz muss wieder unser Anliegen werden“, kein bestimmter Artikel

Mit dem Blick in die Weite, über Felder, Wiesen und Baumreihen auf den Horizont mit Wolken und Sonne: damit sind wir aufgewachsen, darin finden wir Ruhe und Frieden in dieser unruhigen Welt. Darum suchen wir – und die vielen Leute, die aus der Stadt zu uns kommen –, solche Landschaften: „Aus grauer Städte Mauern hinaus ins weite Feld“. Jetzt aber werden mit gewaltigem Nachdruck andere Ansprüche an unsere Landschaft gestellt: möglichst viele Bäume sollen möglichst viel Kohlendioxid speichern, Windradmonster von 150 m und mehr Höhe müssen immer viel Geld verdienen für wenige Investoren – egal, welchen Schaden die Landschaft nimmt. Dabei gibt es Auswege: vorhandene Wälder auszuweiten oder neue anzulegen, Windenergieanlagen in men-

schenarmen Gegenden zu bauen. Landschaftsschutz ist so wichtig und unentbehrlich wie Lärmschutz oder Schutz vor Chemikalien, denen wir uns nicht entziehen können. Nicht genug dieser Übel: nun wollen Energiekonzerne das Fracking in unserer Landschaft betreiben. Damit betreten sie – so haben sie gerade zugegeben –, technologisch absolutes Neuland. Sie können nicht ausschließen, dass ihre Giftbrühen im Grundwasser landen und irgendwo in Wohngebieten wieder an der Oberfläche erscheinen. Zur Horizontverschmutzung durch die Windkraft von oben kommt die Beschädigung der Erde von unten. Gehört die Landschaft, in der wir leben und von der wir leben, den Investoren? Sind alternative Standorte geprüft? Weshalb die Eile und die Heimlichkeiten dieser Firmen, ihre Projekte durchzupeitschen?

Dr. Kurt Schröder
21037 Hamburg

„Moderne Datentechnik nutzen“

Betr.: „Bergedorf wird zum Zentrum der Windkraft-Forscher“, Titelseite vom 30. 6. 2013

Herr Prof. Beba nennt keine Begründung, weshalb seine Wissenschaft 180 m hohe Windriesen benötigt, statt mit Windkraftanlagen von 100 m Gesamthöhe Effizienzsteigerungen zu erforschen. Nach den Windstärkekarten im Internet (Windhöflichkeit) liegt bei vier Klassen zum Beispiel Cuxhaven in der Kategorie 1 mit starkem Wind, Hamburg

liegt in der Klasse 3 (mäßiger bis schwacher Wind). Die moderne Datentechnik macht es leicht möglich wissenschaftlich zu forschen, auch wenn Windräder einige Kilometer entfernt stehen, zumal an der Küste viel mehr Wind zu ernten ist, als in Bergedorf und den Vier- und Marschlanden.

Wer will unter diesen Bedingungen wohnen?

Durch die Windriesen tritt eine „technische Überformung der Landschaft“ ein. Hier ent-

steht neuer Gigantismus! Der rotierende Schattenwurf reicht von den Siedlungen „Eschenhof“ im Osten bis zum „Schleusenhorn“ im Westen. Unsere neuen Mitbürger in den Wohngebieten Schleusengärten West und Ost werden diese nervenden Schatten der Windrotoren mit einer Reichweite von ca. 1100 m negativ kennenlernen. Wer will unter diesen Belastungen wohnen?

Regina Timmann
21029 Hamburg

„Ergebnis eher der Wunsch der Professoren“

Betr.: „Bergedorfer für Windkraft-Riesen“, Bergedorf-Seite vom 13. 6. 2013

Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast. Diese Behauptung lässt sich leicht auf Umfragen übertragen: Selbstverständlich wird sich eine große Mehrheit für erneuerbare Energien, zu denen auch Windkraft-Riesen zählen, aussprechen, wenn andere Energieformen, wie Atomkraftwerke, abgeschaltet werden. Dies wird besonders in den Gegenden der Fall sein, in denen nicht mit dem Aufbau so hoher Windräder zu rechnen ist. Ganz anders wird die Antwort ausfallen, wenn man sich bewusst wird, dass solche Anlagen in der Sichtachse nah vorm eigenen

Wohnzimmerfenster, Balkon oder Liegeplatz im Garten gebaut werden könnten und dort bei entsprechendem Sonnenstand stetig von hell auf dunkel wechselnden Schlagschatten werfen könnten.

„Beurteilung der Wertigkeit so nicht möglich“

Es ist also sehr entscheidend, wer was wie wo gefragt wird. Ohne dass diese Angaben publiziert werden, ist eine Beurteilung der Wertigkeit dieser Umfrage nicht möglich und das Ergebnis eher der Wunsch der Professoren.

Gerd Kirschenmann
21035 Hamburg



Dicht gedrängt stehen Windkraftanlagen auf einer Wiese. Der Ausbau der Windparks ist umstritten. Foto: dpa

BZ 18.6.13

WINDRÄDER I

„Rauchen ist gesund, sagt Dr. Marlboro“

Betr.: „Bergedorfer für Windkraft-Riesen“, Bergedorf-Seite vom 13. 6. 2013

Sehr geehrte Redaktion, auch ich begrüße einen schnellen Ausstieg aus der Atomkraft und der Verbrennung von fossilen Stoffen.

Aber der oben genannte Artikel beinhaltet, moderat ausgedrückt, eine sehr flache Argumentation pro 180 Meter hohe Windkraftträder. Insbesondere die Äußerungen sei-

tens der HAW und die sogenannte repräsentative Umfrage könnten einem ein müdes Lächeln entlocken, wenn das Thema für viele umliegende Anwohner der geplanten Standorte nicht zu ernst wäre. Die Umfrage wurde doch sicherlich im Radius von 1,5 Kilometern zu den geplanten Anlagen gemacht, oder? Ach ja, dann sagt dieser Professor Dalhoff (Zitat): Die Anlagen müssten in nächster Nähe zum Energie-Campus stehen.

Die Technik ist heute in der Lage, Signale für Sonnensegel und andere Funktionen in den Weltraum zu senden und daran zu forschen - aber der oben genannte Professor benötigt seine Anlagen direkt vor der Tür.

Zusammenfassend fällt mir zu diesem Artikel folgender Slogan ein: Rauchen ist gesund! Sagt Dr. Marlboro!!!

Holger Menger
21039 Hamburg

BZ 18.6.13

WINDRÄDER II

Bürger haben jetzt das Wort

Betr.: „Bergedorfer für Windkraft-Riesen“, 13. Juni 2013

Die Überschrift Ihres Artikels, wonach Bergedorfer für Windkraft-Riesen sind, ist ein wenig irreführend. Befragt wurden 543 Personen im gesamten Bezirk, wovon 63 Prozent die Energiewende und den Ausbau der Windenergie befürworten. Nach der Höhe der Anlagen und ihren Standorten wurde jedoch nicht gefragt. Hätte man die Bewohner Bergedorfs gefragt, ob sie 5 Windkraft-Riesen mit einer Höhe von 180 m in Sichtweite der Innenstadt akzeptieren, hätten sie dies - so ist jedenfalls zu vermuten - abgelehnt.

Die Bergedorfer Zeitung könnte zu dieser Frage ihren Beitrag leisten und eine Computersimulation abdrucken, die aufzeigt, wie sich der Blick von und auf Bergedorf verändert, würde dieser Plan verwirklicht. Auch die Einrichtung eines Leserforums, auf dem die verschiedenen Standpunkte dargestellt werden, wäre sicherlich hilfreich. Um den Willen der Bevölkerung im gesamten Stadt- und Landgebiet zu ergründen, ob Höhenbeschränkung und Mindestabstand zur Wohnbebauung gewünscht werden, findet ein Bürgerentscheid statt. Man kann nur wünschen, dass sich viele daran beteiligt.

Helfried Schulke
21039 Hamburg

(Anmerk. der Redaktion: Wir haben am 30. Mai eine Fotomontage veröffentlicht)

WINDRÄDER III

BZ 18.6.13

„Diese Anlagen werden wenigen nutzen und vielen Schaden zufügen“

Betr.: „Windriesen in den Vier- und Marschlanden“; verschiedene Artikel

Die Bezirksversammlung suggeriert aktuell durch Wahlreklame der SPD, bei dem sogenannten Repowering der vorhandenen, niedrigeren Windkraftanlagen gehe es um die Energiewende in Bergedorf und dadurch würden 100 % des bezirklichen Stromverbrauchs abgedeckt. Schön wäre es, wenn wir alle von so einer bezirkseigenen Stromversorgung kostengünstig profitieren könnten. Dem ist aber keinesfalls so. Denn diese privatfinanzierten Anlagen werden sehr wenigen nutzen und vielen Betroffenen sowie auch der breiten Mehrheit, insbesondere auch durch erhöhte Stromkosten, tatsächlich Schaden zufügen.

Der kostengünstig vor Ort produzierte Strom sammelt sich nämlich bereits heute sehr häufig in Deutschland zu großer Überschussenergie, die erheblich subventioniert ins Ausland verschenkt werden muss, da sonst mangels Verbrauch bzw. Speichermedien die Stromnetze zusammenbrechen würden. Dieser verschenkte Strom dient etwa zur Auffüllung der österreichischen Speicherkraftwerke, Energie, wir bei Windflaute teuer zurückkaufen müssen. Zudem wird der genannte Subventionsanteil gemeinsam mit einer staatlich festgesetzten weiteren Subvention an die Betreiber der Windkraftanlagen zu einer noch stärkeren Erhöhung der Strompreise führen. Glücklicherweise werden diese Subventionen nicht zu 100 % den Bergedorfer Bür-

gern schaden, sondern auf sämtliche Stromverbraucher in Deutschland umgelegt.

Ich frage mich daher, welchen Vorteil die Bezirksversammlung für uns Bürger in Bergedorf eigentlich erkannt haben will? Sorgen auch andere Bezirke Hamburgs für ihre eigene Stromversorgung durch Windenergie? Was ist deren Beitrag? Bergedorf ist doch keine Insel der Stromseligen, wobei den durch Windriesen Betroffenen unbegrenzt Nachteile aufgebürdet werden können.

Gerd Kirschenmann
21035 Hamburg

Mit Namen gekennzeichnete Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen, die sich das Recht auf Kürzungen vorbehält.